

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

Protokoll

53. Sitzung (nicht öffentlich)

18. Januar 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Jaeger (CDU) - stellv.

Stenograph: Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
- Landesbauordnung - (BauO NW)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/7153

Vorlagen 11/3268, 3462 und 3515

Zuschriften 11/3371, 3406, 3420, 3440, 3469, 3492, 3523, 3544,
3563, 3565, 3571, 3580, 3582, 3585, 3587, 3600, 3608, 3609, 3610,
3612, 3613, 3617, 3619, 3634, 3635, 3642, 3645, 3646, 3647, 3648,
3649, 3651, 3652, 3655, 3658, 3664, 3665, 3666, 3667, 3668, 3707,
3726, 3760, und 3769

Ausschußprotokolle 11/1292 und 1336

Der Ausschuß setzt die Beschäftigung mit der Landesbauordnung fort und verständigt sich darauf, am 8. Februar 1995 zur Einzelberatung überzugehen.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
. Sitzung

18.01.1995
sl-lg

Seite

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion die Landesregierung mit der Erstellung einer weitergehenden Synopse zu beauftragen, wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen das Votum von F.D.P. und CDU abgelehnt.

2 Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes Nordrhein-Westfalen (NachbG NW) 10

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/8185

Der Ausschuß wird die Stellungnahme des federführenden Ausschusses abwarten, um in seiner nächsten Sitzung ein abschließendes Votum zu verabschieden.

3 Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen! 11

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4294
Vorlagen 11/2032, 2700, 2916, 3084, und 3196
Zuschrift 11/3045 (Neudruck)
Information 11/565
Ausschußprotokolle 11/717, 956, 1121 und 1292

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen das Votum der GRÜNEN-Fraktion abgelehnt.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
. Sitzung

18.01.1995
sl-lg

Seite

4 Für einen Kurswechsel in der Altenpolitik: Selbstbestimmtes Leben im Alter sichern

14

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7753

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P.
gegen das Votum der GRÜNEN-Fraktion abgelehnt.

5 Verschiedenes

a) Unsere Gesellschaft im Wandel: Neue Anforderungen an die Wohnungspolitik

17

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/7066

Der Ausschuß konkretisiert sein Beratungsergebnis aus der Sitzung vom 23.11.1994 (APr 11/1402) und faßt einstimmig folgenden Beschluß:

1. Der Landtag stellt fest, daß die im Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 11/7066 - beschriebenen Problemlagen insgesamt inhaltlich unstrittig sind, insbesondere was den Wohnungsbedarf für Alleinerziehende angeht. Weiter stellt der Landtag fest, daß die Landesregierung die Umsetzung entsprechender Maßnahmen im Rahmen der Wohnungsbauförderungsbestimmungen in wesentlichen Bereichen bereits eingeleitet hat. Allerdings spricht sich der Landtag dafür aus und fordert die Landesregierung auf, die Flexibilisierungsmöglichkeiten und Fördervoraussetzungen im

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
. Sitzung

18.01.1995
sl-lg

Seite

Rahmen einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit
noch stärker bekanntzumachen.

2. Der Antrag der Fraktion der CDU - Druck-
sache 11/7066 - wird für erledigt erklärt.

**b) Tagesordnung für die 54. Sitzung des Ausschusses für Städtebau
und Wohnungswesen**

Siehe Seite 18 des Diskussionsteils.

* * * * *

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
53. Sitzung

18.01.1995
sl-lg

Nicht zu leisten sei die Verquickung aller Vorschläge mit theoretischen Äußerungen aus der Synopse.

Abgeordneter Wolf (SPD) hält die zur Verfügung gestellten Unterlagen für ausreichend. Hilfreich sein könne bei speziellen Paragraphen noch ein Vergleich mit anderen Bauordnungen. Der Ausschuß solle sich auf die wirklich strittigen Komplexe konzentrieren.

Zu 2 Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes Nordrhein-Westfalen (NachbG NW)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/8185

Abgeordneter Wolf (SPD) legt dar, mit dem gemeinsamen Gesetzentwurf solle der in der Vergangenheit bisweilen aufgetretenen ungleichen rechtlichen Behandlung in gleichen Sachverhalten (zum Beispiel bei den Grenzabständen) entgegengewirkt werden. Öffentliches Recht und privates Recht dürften an dieser Stelle nicht auseinanderdriften. - **Abgeordneter Völker (CDU)** bekräftigt, daß dieser kleinste gemeinsame Nenner ein erster Schritt in die richtige Richtung sei.